

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Europausschuss

42. Sitzung

am Mittwoch, dem 8. Januar 2003, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Rolf Fischer (SPD)

Hermann Benker (SPD)

Astrid Höfs (SPD)

Dr. Gabriele Kötschau (SPD)

Ulrike Rodust (SPD)

Claus Ehlers (CDU)

Thorsten Geißler (CDU)

Uwe Greve (CDU)

Manfred Ritzek (CDU)

Joachim Behm (FDP)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzender

i. V. für Gisela Böhrk

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Bericht über die Situation der Europaschulen	5
2. Bericht der Landesregierung über den Gipfel der europäischen Staats- und Regierungschefs im Dezember 2002 in Kopenhagen	8
3. Bericht der Landesregierung über den Stand der Umsetzung der Beschlüsse des Landtages:	11
a) Stellung der Kirchen innerhalb einer künftigen europäischen Verfassungs- und Kompetenzordnung - Drucksache 15/2234 -	
b) Minderheitenschutz in einer europäischen Verfassungsordnung - Drucksache 15/2295 -	
4. Vorstellung des Europäischen Verbraucherzentrums	12
5. Die Rolle des Ausschusses der Regionen im zukünftigen Aufbau der Europäischen Union	13
Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/2235	
6. Sauerstoffmangel in der Ostsee	14
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/2181	

7. Bericht des Landtagspräsidenten über die 11. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) in St. Petersburg	15
hierzu: Bekanntmachung des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages Drucksache 15/2179	
8. Ostseeaktivitäten der Landesregierung 2001/2002 (Ostseebericht 2002)	16
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/2051	
9. Terminabsprache: Besuch der dänischen Minderheit/Kommando North East	17
10. Wahl eines stellvertretenden Vorsitzenden	18
11. Verschiedenes	19

Der Vorsitzende, Abg. Fischer, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Bericht über die Situation der Europaschulen

Herr Wiethaupt vom Förderverein der Europaschulen berichtet über die Situation der Europaschulen (siehe Umdruck 15/2885).

Abg. Rodust legt dar, nach ihren Informationen sei es - auch bezüglich der Kostenerstattung - unproblematisch, Kontakte ins Ausland zu knüpfen. An Frau Karnstedt gerichtet stellt sie die Frage, welchen Kreis die im Vortrag erwähnte Landeskonferenz der Elternbeiräte umfasst habe. Weiter geht sie auf das Thema Auslandsaufenthalt von Auszubildenden ein und vertritt die Ansicht, dies habe sehr viel mit Personen zu tun, wenn es engagierte Ausbilder gebe, die Kontakte wünschten, sei es ihnen auch möglich, Auszubildende im Ausland unterzubringen.

Auf eine Frage von Abg. Ritzek bestätigt Herr Wiethaupt, dass die Anschriften und Kontaktadressen der Europaschulen sowie in der Regel die Schulprogramme auf den entsprechenden Webseiten veröffentlicht seien. Abg. Ritzek bittet ferner um Übermittlung einer Anschriftenliste für die Einbeziehung von europapolitischen Aktivitäten beispielsweise im Rahmen einer Fraktion.

Abg. Behm spricht sich dafür aus, den Vorschlag aufzugreifen, Europaschulen in Aktivitäten des Ausschusses einzubeziehen. Abg. Matthiessen bittet um weitere Informationen zu der erwähnten Fachtagung auf Bundesebene, zu dem vom Europaverein verwendeten Logo und zu Fremdsprachenassistenten. Abg. Kötschau schließt sich der Frage von Abg. Matthiessen zum Thema Fremdsprachenassistent an. Außerdem fragt sie, ob Interesse daran bestehe, dass in den Europaschulen Abgeordnete beispielsweise für Gespräche zur Verfügung stünden.

Abg. Benker stellt die Frage, ob Mitglied im Förderverein auch Schulen sein könnten, die noch nicht Europaschulen seien, sich aber um diesen Status bemühten, sowie nach der Vernetzung der Europaschulen untereinander.

Abg. Spoorendonk möchte wissen, ob es für den Austausch von Lehrkräften über Landesgrenzen hinaus formale Rahmen gibt.

Herr Redlin beantwortet die an die Landesregierung gerichteten Fragen wie folgt:

Er bestätigt die Aussage von Abg. Rodust, dass für die Kontaktaufnahmen mit ausländischen Kolleginnen und Kollegen Reisekosten auf den dafür eingerichteten Etat, der mit 8.000 € dotiert sei, gezahlt würden. Er kommt auf das Thema Fremdsprachenassistenten zu sprechen und legt dar, dass in den letzten Jahren sehr gute Erfahrungen damit gesammelt worden seien. Die Zahl der Schulen, die Fremdsprachenassistenten nachfragten, werde immer größer. Die besondere Fähigkeit der Personen, die häufig noch nicht ausgebildete Lehrkräfte seien, bestehe darin, dass sie Muttersprachler seien. Eines der Merkmale der Europaschulen sei, dass sie sich bei der Fremdsprachenförderung hervortäten. Das treffe aber auch auf viele andere Schulen zu. Eine Bevorzugung von Europaschulen bei der Zuteilung von Fremdsprachenassistenten sei daher schwierig.

Herr Wiethaupt geht auf die gestellten Fragen wie folgt ein:

Bezüglich des Themas Austausch von Lehrlingen oder Absolvierung eines Teils der Ausbildung im Ausland sei zu sagen, dass das bereits jetzt möglich sei und durch verschiedene Europaprogramme unterstützt werde. Kompliziert sei es dann, wenn kleinere oder mittlere Unternehmen auf Auszubildende nicht verzichten könnten. Hier bedürfe es einer politischen Unterstützung.

Er begrüßt die Auffassung von Abg. Behm und hält es für sinnvoll zu überprüfen, Vertreter aus dem Bereich der Europaschulen zu Veranstaltungen einzuladen.

Er bestätigt, dass es sich bei dem verwendeten Logo um das Logo des Fördervereins für die Europaschulen handelt.

Bezüglich des Themas Fremdsprachenassistenten ergänzt er, dass diese Deutschstudenten aus Europa seien, die sich überwiegend in den höheren Semestern befänden. Sie bewürben sich beim pädagogischen Austauschdienst in Bonn und erhielten etwa 600 € monatliche Förderung aus dem Bundeshaushalt. Diese Möglichkeit schein nicht mehr ganz so attraktiv zu sein wie früher; die Zahl der Bewerber sei rückläufig.

Er begrüßt den von Abg. Kötschau gemachten Vorschlag, Gespräche mit Abgeordneten des Europaausschusses in Europaschulen zu führen.

Zu Abg. Benker gerichtet legt er dar, dass jeder Willkommen sei, Mitglied des Fördervereins zu werden. Eine Vernetzung der Europaschulen untereinander erfolge und werde beispielsweise durch ein virtuelles Lehrerzimmer versucht.

Hinsichtlich der Frage von Abg. Spoorendonk zum Lehreraustausch merkt er an, dass es einige europäische Bildungsprogramme gebe, die Lehreraustausch förderten. Sein Wunsch sei, dass mehr Lehrer als bisher ins europäische Ausland gingen und dort Erfahrungen sammelten.

Der Vorsitzende schlägt vor, dass sich der Ausschuss gesondert mit dem Thema Fremdsprachenassistenten beschäftigt. - Der Ausschuss erklärt sich damit einverstanden.

Frau Karnstedt geht auf die gestellten Fragen wie folgt ein:

Bei der Landeskonferenz der Schulelternbeiräte der Europaschulen handele es sich um eine freiwillige Konferenz. Sie habe sie im März 2000 einberufen, um ein Kennenlernen der Eltern zu ermöglichen.

14 Europaschulen seien mit einer Homepage im Internet vertreten; fünf davon hätten ihr Schulprogramm dort veröffentlicht.

Zur dritten Bundesfachtagung in Halle legt sie dar, dass sechs Europaschulen aus Schleswig-Holstein vertreten gewesen seien. Dort sei eine Initiative zur bundesweiten Vernetzung gestartet worden. Die Bildungsministerin sei angeschrieben worden mit dem Wunsch, ein Gespräch zu vereinbaren, um die Initiative vorstellen zu können. Außerdem habe sie den Wunsch, dass die Bildungsministerin die Außendarstellung der Europaschulen mehr unterstützte als bisher.

Abg. Rodust schlägt vor, dass sich der Ausschuss gesondert mit dem Thema Auszubildenden-austausch beschäftigt und zu dieser Sitzung Vertreter der Handwerkskammern und des Wirtschaftsministeriums einlädt. - Der Vorsitzende schlägt vor, dies anlässlich eines Besuchs einer Berufsbildenden Schule zu tun.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Bericht der Landesregierung über den Gipfel der europäischen Staats- und Regierungschefs im Dezember 2002 in Kopenhagen

St Wolff-Gebhardt trägt die Ergebnisse des Europäischen Rates in Kopenhagen vor und weist auf die Zusammenfassung des Hanse-Office über die Ergebnisse und Bewertungen hin (Umdruck 15/1886). Sie sagt zu, eventuell offen bleibende Fragen im Rahmen einer am gleichen Tag stattfindenden Abendveranstaltung zu beantworten.

Beschlossen worden sei die Erweiterung der Europäischen Union. Dieses Verhandlungsergebnis zeige, dass die Europäische Union trotz aller nationalen Interessen immer wieder die Kraft zur Weiterentwicklung finde. Der Beitrittsvertrag solle am 16. April 2003 unterschrieben werden. Wenn die Ratifikationsverfahren abgeschlossen seien, könne der Vertrag zum 1. Mai 2004 in Kraft treten. Damit könnten die neuen Mitgliedsstaaten auch an der Wahl zum Europäischen Parlament teilnehmen.

Ab dem 1. Mai 2004 werde auch die Europäische Kommission um die neuen Mitgliedstaaten erweitert werden. Zukünftig werde jeder Mitgliedstaat einen Kommissar stellen.

Die neuen Mitgliedstaaten könnten an der nächsten Regierungskonferenz teilnehmen, die über die Europäische Verfassung entscheide.

Für die Finanzierung der Erweiterung sei ein Finanzrahmen von 40,8 Milliarden € als Verpflichtungsermächtigung für die Jahre 2004 bis 2006 beschlossen worden. Mit 14 Milliarden € trügen die Beitrittsländer schon erheblich zur Finanzierung bei. Mit knapp 22 Milliarden € bildeten die strukturpolitischen Maßnahmen den größten Etatposten. Die Agrarhilfen lägen mit 10 Milliarden € weit darunter.

Die in Kopenhagen vereinbarten zusätzlichen Mittel in Höhe von 408 Millionen € kämen insbesondere Polen mit 108 Millionen € für die Sicherung der neuen Außengrenzen zugute. Die anderen Kandidatenländer erhielten, abhängig von der Länge der neuen Grenze, einen Zuschlag.

Die dominierende Frage bei der Finanzierung sei die der direkten Einkommensbeihilfen. Hier sei ein Kompromiss erzielt worden, der den polnischen Bauern die Erhöhung der Zahlungen

ermögliche, ohne das finanzielle Gesamtpaket zu erhöhen. Die EU werde Polen in den Jahren 2005 und 2006 eine außerordentliche Haushaltsunterstützung von insgesamt 1 Milliarde € gewähren. Diese Mittel müssten nicht vorfinanziert werden und sollten von polnischer Seite zur Aufstärkung der Direktbeihilfen um circa 10 % benutzt werden. Dabei handele es sich um einen Vorgriff auf die Verpflichtungsermächtigungen aus dem Strukturfond, die erst ab 2007 vorgesehen gewesen seien.

Den Kandidatenländern sei die Möglichkeit eingeräumt worden, die direkten Einkommensbeihilfen aus dem Fonds für ländliche Entwicklungen zu erhöhen, um in den Jahren 2004 bis 2006 näher an das jetzige Niveau der EU zu rücken.

Intensiv erörtert worden sei das Transitabkommen zwischen Schweden und Kaliningrad. Die EU übernehme die zusätzlichen Kosten, die sich aus diesem Transitabkommen ergäben.

Aktuell in der Diskussion sei das Thema Türkei. Der Rat werde im Dezember 2004 auf der Grundlage eines Berichtes und einer Empfehlung der Kommission über Aufnahmeverhandlungen entscheiden. Dabei werde es entscheidend darauf ankommen, ob die in Kopenhagen formulierten Kriterien erfüllt worden seien.

Die Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen der Beitrittsländer werde bis zum Beitritt weiter überwacht. Damit solle gewährleistet werden, dass es nicht zu einer Qualitätslücke komme. Für einzelne Bereiche könnten in den ersten drei Jahren Schutzklauseln für den Fall angewandt werden, dass es zu unvorhergesehenen Entwicklungen komme.

Festgestellt worden sei auch, dass das Ergebnis der Beitrittsverhandlungen kein Präjudiz für künftige Verhandlungen sei. Das sei letztlich ein Beitrag zur Weiterentwicklung der EU.

Abg. Ritzek hält es für angebracht, sich mit dem Thema Türkei noch einmal intensiv auseinander zu setzen. Insbesondere in diesem Zusammenhang bittet er um differenzierten Sprachgebrauch. So sei den letzten „EuroNews“ etwa zu entnehmen, dass die Türkei einer der nächsten Länder sei, die der EU beitreten. Außerdem bittet er um Benennung von Übergangsregelungen bezüglich des Zuzugs von Arbeitskräften aus Polen oder dem Kauf von Immobilien in Polen.

Abg. Benker legt dar, einerseits werde davon gesprochen, dass es einen Beitritt der Türkei ohne Verzug geben solle, andererseits werde als frühester Beitrittszeitpunkt das Jahr 2012 genannt. Er bittet um Erläuterung.

Auch Abg. Matthiessen hält es für notwendig, sich einmal grundsätzlich mit dem Thema Türkei zu beschäftigen. Weiter möchte er wissen, ob die Beitrittsländer mit dem Beitritt das gesamte Rechtsgefüge der Europäischen Union übernehmen und ob Sondervereinbarungen, wie sie beispielsweise beim Beitritt Dänemarks hinsichtlich des Kaufs von Immobilien geschlossen worden seien, weiterhin Gültigkeit besäßen.

Abg. Spoorendonk plädiert dafür, das Thema Türkei im Gesamtzusammenhang zu sehen.

Nach den Worten Abg. Greve habe die türkische Regierung für den Fall, dass die Beitrittsverhandlungen nicht zügig erfolgten, Handelsboykotte gegen Mitglieder der Europäischen Union angekündigt. Er fragt, ob dies auf der Konferenz thematisiert worden sei. St Wolff-Gebhardt antwortet, dazu sei ihr nichts bekannt.

Abg. Matthiessen bittet um weitere Informationen zu Emissions-Trading-Verhandlungen.

Abg. Spoorendonk fragt nach Reaktionen zu den Äußerungen des neu gewählten litauischen Präsidenten, der Nachverhandlungen angekündigt habe.

Abg. Behm möchte wissen, ob es Überlegungen gebe, wie die Sprachbarrieren innerhalb der erweiterten EU überwunden werden könnten.

Der Ausschuss verständigt sich darauf, dass die im Rahmen dieser Sitzung gestellten Fragen in der Abendveranstaltung beantwortet werden. Außerdem bietet St Wolff-Gebhardt dem Ausschuss an, die Fragen schriftlich zu beantworten. - Der Ausschuss nimmt dieses Angebot an..

Punkt 3 der Tagesordnung:

Bericht der Landesregierung über den Stand der Umsetzung der Beschlüsse des Landtages:

a) Stellung der Kirchen innerhalb einer künftigen europäischen Verfassungs- und Kompetenzordnung - Drucksache 15/2234 -

b) Minderheitenschutz in einer europäischen Verfassungsordnung - Drucksache 15/2295 -

AL Hoppe berichtet, die Landesregierung habe die Anregungen aus dem Landtag aufgegriffen und an die deutschen Mitglieder im Konvent ein entsprechendes Schreiben gerichtet, das auch dem Präsidenten des Landtages zugegangen sei. Ob die Anregungen des Landtages aufgegriffen würden, sei noch nicht abzusehen.

Abg. Rodust bittet, bezüglich eines möglichen Beschlusses zum Thema Rolle des Ausschusses der Regionen in gleicher Weise zu verfahren.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Vorstellung des Europäischen Verbraucherzentrums

Herr Krieger stellt die Arbeit des Europäischen Verbraucherzentrums in Kiel anhand eines PowerPoint-Vortrags, den er dem Ausschuss zukommen lassen will, vor.

Im Mittelpunkt der nachfolgenden Diskussion steht die finanzielle Situation des Verbraucherzentrums Kiel sowie ein Vergleich mit anderen Verbraucherzentren Europas und vergleichbaren Einrichtungen in der Bundesrepublik.

Herr Krieger antwortet auf entsprechende Fragen aus dem Ausschuss, dass das Europäische Verbraucherzentrum in Kiel über insgesamt fünf Mitarbeiter verfüge, davon zwei volle Stellen, zwei Halbtagsstellen und eine Dreiviertelstelle. Die Akquisition erfolge im Wesentlichen über das Internet.

Der Ausschuss verständigt sich darauf, sich in einer seiner nächsten Sitzungen im Beisein eines Vertreters des zuständigen Sozialministeriums erneut mit der Thematik zu beschäftigen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Die Rolle des Ausschusses der Regionen im zukünftigen Aufbau der Europäischen Union

Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/2235

(überwiesen am 15. November 2002)

Abg. Matthiessen schlägt vor, den letzten Absatz auf der ersten Seite zu streichen und den Beginn des ersten Absatzes auf der zweiten Seite wie folgt zu formulieren: „Der Ausschuss der Regionen muss zur Stärkung der Rolle ...“. - Der Ausschuss erklärt sich damit einverstanden.

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag in der geänderten Fassung anzunehmen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Sauerstoffmangel in der Ostsee

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/2181

(überwiesen am 10. Oktober 2002 an den **Umweltausschuss**, den Europaausschuss und den Agrarausschuss zur abschließenden Beratung)

Der Europaausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Bericht des Landtagspräsidenten über die
11. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) in St. Petersburg**

hierzu: Bekanntmachung des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Drucksache 15/2179

(überwiesen am 10. Oktober 2002 an den **Europaausschuss** und den Umweltausschuss zur abschließenden Beratung)

Der Vorsitzende berichtet über eine umfassende Dokumentation zu maritimen Beschlüssen auf der 11. Ostseeparlamentarierkonferenz und legt dar, dass diese in den Akten des Ausschusses eingesehen werden können.

Der Ausschuss nimmt den Bericht des Landtagspräsidenten abschließend zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Ostseeaktivitäten der Landesregierung 2001/2002 (Ostseebericht 2002)

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/2051

(überwiesen am 10. Oktober 2002 zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Terminabsprache: Besuch der dänischen Minderheit/Kommando North East

RL Schmidt Holländer gibt einen Sachstandsbericht über den geplanten Besuch des Europaausschusses bei der dänischen Minderheit und bei dem Kommando North East in Karup am 29./30. April 2003.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Wahl eines stellvertretenden Vorsitzenden

Der Vorsitzende erklärt, dass Abg. Ehlers als stellvertretender Vorsitzender zurücktrete.

Abg. Ritzek schlägt vor, Abg. Greve zum neuen stellvertretenden Vorsitzenden zu wählen.

Abg. Greve wird einstimmig zum neuen stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg. Ritzek spricht zwei Zeitungsartikel, die sich auf Russland beziehen, an, und zwar mit den Themen „Ausschluss Russland aus den TIA-Verfahren“ und „Katholiken im Visier“, die in Russland als gefährliche Extremisten gälten. Er führt aus, er habe Probleme, mit derartigen Dingen konfrontiert zu werden, wenn er nach Kaliningrad fahre.

Der Vorsitzende weist auf die den Ausschussmitgliedern zugegangenen Unterlagen zum Thema Handlungsoptionen zum Thema Kaliningrad in der Politik hin und schlägt vor, sich im Ausschuss gesondert mit dieser Thematik zu beschäftigen.

Abg. Dr. Kötschau regt an, zu dieser Diskussion - gegebenenfalls in einer zweiten Diskussionsrunde - einen Vertreter des russischen Generalkonsulats einzuladen.

Abg. Spoorendonk macht den Vorschlag, sich im Zusammenhang mit dem zum Thema Türkei vorgesehenen Tagesordnungspunkt mit dem Leiter des Orientinstituts in Hamburg, Prof. Steinbach, in Verbindung zu setzen.

Abg. Greve schlägt vor, zum Thema Türkei je einen Befürworter und einen Gegner des Beitritts der Türkei in die Europäische Union einzuladen.

Daraufhin regt Abg. Rodust an, dies nicht in einer Ausschusssitzung, sondern im Rahmen einer Veranstaltung des Ausschusses durchzuführen.

Abg. Matthiessen plädiert dafür, sich zunächst intern zu informieren.

Der Vorsitzende schlägt als Kompromiss vor, eine erweiterte Anhörung mit Referenten durchzuführen; dem stimmt der Ausschuss zu.

Der Vorsitzende, Abg. Fischer, schließt die Sitzung um 12:30 Uhr.

gez. Fischer
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter
Geschäfts- und Protokollführerin